



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE INTEGRATION VON AUSLÄNDERN IN POLEN

- ANALYSE
Wieviel Nähe, wieviel Distanz? Die Integration von Ausländern in Polen 2
Łukasz Łotocki, Warschau
- TABELLEN UND GRAFIKEN
Statistiken zu Ausländern in Polen 8

- CHRONIK
Vom 18. bis zum 31. Mai 2010 13

Analyse

Wieviel Nähe, wieviel Distanz? Die Integration von Ausländern in Polen

Lukasz Łotocki, Warschau

Zusammenfassung

Polen gehört nicht zu den Ländern mit einem hohen Ausländeranteil. Die offiziellen Statistiken nennen weniger als 100.000 Ausländer, die eine Aufenthaltsgenehmigung für Polen besitzen. Gleichzeitig halten sich trotz Amnestien in den Jahren 2003 und 2007 viele Ausländer illegal in Polen auf bzw. arbeiten illegal in Polen. Da umfassende Datenerhebungen zur tatsächlichen Anzahl der Ausländer in Polen fehlen, ist diese Zahl nicht bekannt; manche Schätzungen gehen von einigen Hunderttausend aus. Zu den größten Immigrantengruppen in Polen gehören Ukrainer, Belarussen, Armenier und Vietnamesen. Als gesonderte Gruppe werden die Bürger der Russischen Föderation tschetschenischer Herkunft behandelt. Außerdem leben in Polen auch Immigranten aus afrikanischen Ländern. Im Folgenden wird eine allgemeine Charakterisierung der Integration von Ausländern in Polen auf der Grundlage von Untersuchungen in der polnischen Bevölkerung (Meinungsumfragen in der Bevölkerung sowie unter Arbeitgebern) und in der Gruppe der Ausländer gegeben. Im Anschluss daran werden die Probleme der Integration aus der Perspektive des Index für Integrationspolitik für Migranten in den Ländern der Europäischen Union (Migrant Integration Policy Index – MIPEX) sowie der Diskriminierung dargestellt und bewertet.

Das Verhältnis der Polen zu anderen Nationen wird jedes Jahr vom Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung (Centrum Badania Opinii Społecznej – CBOS) abgefragt. Diese Untersuchungen belegen den Trend, dass die Sympathie der Polen gegenüber anderen Nationen wächst. Zu den Nationen, denen die größte Sympathie entgegengebracht wird, gehören nach einer Studie vom Januar 2010 Tschechen, Italiener, Franzosen, Spanier, Slowaken und Engländer; mindestens die Hälfte der Befragten erklärt ihnen gegenüber ihre Sympathie. Mehr Antipathie als Sympathie wird u. a. gegenüber Sinti und Roma, Arabern, Rumänen und Türken zum Ausdruck gebracht (wobei weniger als die Hälfte der Befragten von Antipathie spricht, und zwar gegenüber Sinti und Roma 47 %, gegenüber Arabern 43 %, gegenüber Rumänen 35 % und gegenüber Türken 31 %). Hier lässt sich allerdings auch ein langsamer Rückgang der erklärten Antipathie zugunsten der Sympathie beobachten. Eine relativ große Gruppe von Polen bezeichnet ihre Haltung als gleichgültig gegenüber anderen Nationen, nennt also weder Sympathie noch Antipathie. Gleichzeitig ergeben die Untersuchungen der öffentlichen Meinung, dass die Polen im Vergleich zu der Bevölkerung anderer ausgewählter Staaten des ehemaligen Ostblocks relativ häufig Befürworter der Möglichkeit sind, Immigranten die Einreise nach Polen zu gewähren. Auf die Frage »Sollte Ihrer Meinung nach jeder Bürger eines anderen Landes, der nach Polen, Tschechien, Ungarn oder in die Slowakei einreisen und dort wohnen möchte, das Recht dazu haben?«, antworteten im Jahr 2005 62 % der polnischen Befragten posi-

tiv. Bei den Slowaken waren es 34 %, bei den Tschechen 26 % und bei den Ungarn 23 %.

Die Polen äußern sich auch mehrheitlich nicht ablehnend gegenüber der Berufstätigkeit von Ausländern in Polen, während gerade die Frage der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt im Zusammenhang mit Migration in vielen Ländern die meisten Emotionen hervorruft. CBOS schreibt dazu: »Die Akzeptanz von Ausländern auf dem polnischen Arbeitsmarkt ist nahezu allgemein verbreitet und wächst systematisch.« Im Jahr 2008 haben 86 % der Befragten gesagt, dass es Ausländern erlaubt sein sollte, in Polen zu arbeiten (wobei 50 % sagten, dass es sich dabei um »jede Art von Arbeit« handeln sollte und 36 %, dass es sich nur um bestimmte Arten von Arbeit handeln sollte). Gleichzeitig lässt sich über die Jahre ein systematischer Anstieg dieser positiven Einstellung beobachten: 1992 48 %, 1999 64 %, 2004 73 %, 2006 71 %.

Im Jahr 2007 lehnten 59 % der Polen die Aussage ab »Angehörige anderer Länder nehmen denen, die in Polen geboren sind, die Arbeit weg.« 28 % bejahten diese Aussage. Im Vergleich dazu haben im Jahr 1994 20 % diese Aussage abgelehnt und 54 % dieser Aussage zugestimmt. Die Frage, ob Angehörige anderer Länder zur Entwicklung der polnischen Wirtschaft beitragen, bejahten im Jahr 2007 48 % der Befragten (25 % waren anderer Meinung). Im Vergleich dazu waren es 1994 25 % und 30 %. Die Ängste vor dem Zufluss von Immigranten nach Polen werden immer geringer.

Interessante Informationen geben Untersuchungen zur sozialen Distanz gegenüber Ausländern unter Anwen-

derung der sogenannten Bogardus-Skalen. Hier werden die Angehörigen einer Gruppe nach ihrem potentiellen Einverständnis gefragt, dass ein durchschnittlicher Vertreter einer anderen Gruppe eine bestimmte soziale Rolle einnimmt, zum Beispiel die des Nachbarn, des Vorgesetzten, des Ehemanns oder Schwiegersohns, des Lehrers der eigenen Kinder usw. Die Untersuchungen von Eurobarometer im Jahr 2008 (»Discrimination in the European Union: Perceptions, Experiences and Attitudes«) ergeben, dass die Polen meistens nichts dagegen hätten, wenn ihr Nachbar anderer Herkunft wäre. Auf der Skala von 1 bis 10 (10 bedeutet, dass der Befragte dem ausländischen Nachbarn mit einem sehr guten Gefühl begegnen würde, 1 entsprechend mit einem sehr schlechten Gefühl) betrug der Durchschnittswert für die polnischen Befragten 9,1 (gegenüber 9,2 für Luxemburg, 9,1 für Litauen, Estland und Schweden, 6,6 für Italien, 6,5 für Tschechien, 6,3 für Österreich und 8,1 für die gesamte Europäische Union). Im Fall des Zugangs von Ausländern zu hohen politischen Positionen platzierte sich Polen ebenfalls hoch im Vergleich zum Durchschnitt der EU: für Polen betrug der Wert 7,4 ebenso wie für Spanien und Frankreich; für Schweden 8,1; für Griechenland dagegen 4,7; Tschechien 4,5; Zypern 3,9; EU 6,4. Interessante Informationen liefert die Untersuchung der sozialen Distanz gegenüber Sinti und Roma. Polen steht in der gesamten EU auf dem besten Platz hinsichtlich der Akzeptanz von Sinti und Roma in der Rolle des Nachbarn. Es ist nicht ausgeschlossen, dass das Ergebnis daraus resultiert, dass die Fragen auf der Grundlage der sogenannten Bogardus-Skalen insofern abstrakt für die polnischen Befragten sind, als die Polen seltener mit Vertretern fremder nationaler oder ethnischer Gruppen in Berührung kommen.

Aus Untersuchungen zur sozialen Distanz gegenüber Ausländern in Polen, die vom Institut für Sozialpolitik (Instytut Polityki Społecznej) an der Universität Warschau unter 900 Polen aus 9 Städten, in denen sich Einrichtungen für Ausländer befinden, durchgeführt worden sind, ergibt sich Folgendes: Die größte soziale Distanz empfinden die Polen gegenüber relativ zahlenstarken Gruppen, die gleichzeitig als kulturell sehr verschieden empfunden werden (was nicht immer zutreffend ist), zum Beispiel gegenüber Tschetschenen, Armeniern und Vietnamesen. Die geringste Distanz wird gegenüber Deutschen und Russen angegeben.

Die Untersuchungen der öffentlichen Meinung ergeben eine spezielle Einteilung in Ausländer, die aus westlichen Ländern kommen, und denen aus östlichen Ländern (vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion, aber auch aus den ärmeren asiatischen Ländern). Den Aus-

ländern aus dem Westen wird mit größerem Wohlwollen begegnet; allerdings ist auch eine Verbesserung der Beziehung zu den Ausländern aus dem Osten wahrzunehmen und ein genereller Anstieg der Akzeptanz zur Anwesenheit von Ausländern in Polen.

Die Bewertung der Situation aus Sicht der Ausländer

Angesichts des Informationsmangels zum tatsächlichen Ausmaß der Immigration nach Polen ist es schwierig, repräsentative quantitative Untersuchungen zu den unterschiedlichen Gruppen von Immigranten durchzuführen. Die quantitativen Untersuchungen zu Migranten, die durchgeführt werden, können nicht als repräsentativ im statistischen Sinne betrachtet werden. Darüber hinaus gibt es zahlreiche qualitative Untersuchungen, die sich mit dem Leben der Ausländer in Polen befassen. Im Folgenden werden ausgewählte Immigrantengruppen in Polen charakterisiert, und zwar Ukrainer, Vietnamesen und Armenier.

Die Ukrainer werden auf Gesamtpolen bezogen mit der Arbeit auf Baustellen, bei der Gemüse- und Obst-ernte und als Hilfe im Haushalt bei der Betreuung von Kindern oder älteren Menschen assoziiert. Wie aus den Untersuchungen von CBOS im Jahr 2001 hervorgeht, gaben 7 % der Befragten an, dass sie eine bezahlte Haushaltshilfe beschäftigten. 10 % davon beschäftigten Ausländer, vor allem aus der Ukraine. Aus den Untersuchungen des Zentrums für Migrationsforschung (Ośrodek Badań nad Migracjami – OBM) an der Universität Warschau, die in der Woiwodschaft Masowien (Hauptstadt Warschau) durchgeführt wurden, geht hervor, dass die meisten ukrainischen Immigranten, die eine ständige Aufenthaltsgenehmigung besitzen, in den Bereichen Erziehung, Handel und Gesundheitswesen arbeiten. In dieser Gruppe ist ein großer Anteil von Personen mit höheren Qualifikationen zu verzeichnen. 78 % der vom OBM Befragten arbeiteten auf der Grundlage eines schriftlichen Vertrags, d. h. legal. Die Zukunftspläne und Vorstellungen dieser Gruppe belegen eine starke Bindung an das soziale Leben in Polen. In einer schlechteren Situation befinden sich dagegen die saisonalen ukrainischen Immigranten. In den letzten Jahren kam es in der Landwirtschaft zu Fällen, dass unter anderem Ukrainer zur Arbeit bei sehr geringer Entlohnung gezwungen oder auf andere Weise diskriminiert wurden; darüber hatte unter anderem die Presse informiert. In den letzten Jahren wurde die Situation der ukrainischen Immigranten unter anderem dadurch verbessert, dass sie nun sechs Monate im Jahr ohne Arbeitserlaubnis legal eine Arbeit aufnehmen dürfen.



Die Vietnamesen treiben vor allem Handel auf Märkten und sind im Bereich Gastronomie tätig. Dabei sprach sich die Hälfte der vom OBM befragten Vietnamesen in Masowien, die eine Aufenthaltsgenehmigung besitzt, für eine Rückkehr nach Vietnam aus – im Fall der Ukrainer plante die Mehrheit, in Polen zu bleiben. Auch in dieser Gruppe überwiegen gut ausgebildete Menschen. Stärker als die Ukrainer bauen die Vietnamesen auf den eigenen Unternehmergeist. Legal arbeiteten allerdings nur 65 % der Befragten, also weniger als in der Gruppe der Ukrainer. Die Neuankömmlinge unter den Vietnamesen arbeiten meistens als abhängig Beschäftigte bei anderen Vietnamesen, im Gegensatz zu den Ukrainern, die meistens Arbeit in polnischen Betrieben annehmen. Die Mehrheit der vietnamesischen Befragten beurteilte die Haltung der Polen ihnen gegenüber als positiv. Dabei ist allerdings zu beachten, dass es »die vietnamesische Tradition nicht gestattet zu klagen und sich zu beschweren, insbesondere nicht im Kontakt mit Vertretern der aufnehmenden Nation«, so die Wissenschaftlerinnen Teresa Halik und Ewa Nowicka von der Warschauer Universität. Vietnamesische Studenten führten sporadische Diskriminierung seitens der akademischen Lehrer oder Mitbewohner aus dem Wohnheim an. Auch in Schulen kam es zu Fällen von Diskriminierung, zum Beispiel in Form von Provokationen seitens der polnischen Schüler. Auf der anderen Seite ging die Entwicklung häufig dahin, dass die diskriminierenden Schüler die besten Schulfreunde der vietnamesischen Schüler wurden. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass die Vietnamesen eine etwas stärker von der polnischen Gesellschaft isolierte Gruppe als die Ukrainer und die Armenier sind. Beispielsweise haben viele Vietnamesen keinen intensiven Kontakt mit ihren Nachbarn.

Immigranten aus Armenien treiben vor allem Handel. Der überwiegende Teil der armenischen Immigranten beurteilt die Polen als aufgeschlossen gegenüber Ausländern und stellt gleichzeitig eine der am besten integrierten Immigrantengruppen dar – häufig haben die Armenier unter ihren engsten Freunden mehr Polen als Armenier. Die in die Untersuchung eingebundenen Armenier nannten sehr selten Diskriminierungserfahrungen. Bei weiterer Nachfrage gaben sie aber Beispiele für Situationen an, in denen sie aufgrund ihrer Herkunft aus der ehemaligen Sowjetunion weniger zuvorkommend behandelt wurden. Ein großes Problem der Immigranten aus den östlichen Ländern sind die Vorbehalte der Polen, ihnen Wohnungen zu vermieten; dieses Problem tauchte in vielen Untersuchungen auf.

Die Fragen nach den Beziehungen zwischen allen Immigrantengruppen und der polnischen Gesellschaft werden in der Regel positiv beantwortet. Als problematisch werden institutionelle Angelegenheiten, die Legalisierung des Arbeitsverhältnisses oder des Aufenthalts beurteilt, hier vor allem die langwierigen Prozeduren, die Notwendigkeit, jedes Jahr die befristete Wohnlaubnis verlängern zu müssen und die damit verbundene Unsicherheit, ob sie erneut erteilt wird, was einen »permanenten Schwebzustand« bei den Ausländern verursacht, die keine ständige Aufenthaltsgenehmigung haben.

Eine besondere Gruppe sind die Ausländer, die auf die Entscheidung über die Zuerkennung des Flüchtlingsstatus warten bzw. die diesen Status besitzen. Dies sind vor allem Immigranten tschetschenischer Nationalität. Die Untersuchungen weisen auf manchmal schwierige soziale Bedingungen in den Unterkünften für Ausländer hin, die auf eine Entscheidung über den Flüchtlingsstatus warten, des Weiteren auf die Schwierigkeiten derjenigen, denen auf dem polnischen Territorium Schutz gewährt wird, eine Arbeit zu finden, auf schulische Probleme der tschetschenischen Kinder, manchmal auf das Fehlen von näheren Kontakten zur lokalen Gesellschaft, aber auch auf nicht ausreichende Hilfe im Rahmen der jährlichen Integrationsprogramme, die von entsprechenden sozialen Institutionen durchgeführt werden. Dabei muss auch auf die kulturellen Barrieren hingewiesen werden, die den Integrationsprozess dieser Gruppe (es sind dies vor allem Tschetschenen) erschweren, sowie auch auf die manchmal überzogenen Erwartungen mancher Vertreter dieser Gemeinschaft gegenüber dem polnischen Staat und seinen Möglichkeiten. Obwohl nicht zuletzt die budgetäre Unterstützung der Integration dieser Gruppe beschränkt zu sein scheint, sind die Vertreter anderer Immigrantengruppen manchmal der Ansicht, dass diese Gruppe vom polnischen Staat bevorzugt wird, und sei es durch die Tatsache, dass vor allem ihr Unterstützung im Rahmen individueller Integrationsprogramme zuteil wird.

Belastenden Reaktionen seitens der polnischen Aufnahmegesellschaft sind die Immigranten aus afrikanischen Ländern ausgesetzt. Problematisch ist für sie manchmal das unverfrorene Angestarrtwerden, insbesondere in kleineren Städten. Des Weiteren kommt es zu verbalen Attacken, weniger zu physischen Übergriffen, aber auch diese finden manchmal statt. Ein Problem bleibt der sogenannte Stadionrassismus, das heißt das rassistische Verhalten von Hooligans und Pseudofans. Ausdruck von Diskriminierung im Stadion sind vor allem Beleidigungen von Spielern schwarzafrikanischen Aussehens oder das Bewerfen mit Bananen. Auf

das Problem des »Stadionrassismus« hat unter anderen der Bürgerrechtsbeauftragte aufmerksam gemacht, bei dem interessanterweise Klagen wegen ethnischer Diskriminierung außergewöhnlich selten eingehen.

Die Migranten beklagen sich nur sehr sporadisch über Diskriminierung seitens des Arbeitgebers. Manche Untersuchungen ergeben allerdings, dass Ausländer manchmal Schwierigkeiten haben, eine Arbeit zu finden bzw. dass es notwendig ist, eine Arbeit unter ihrer Qualifikation anzunehmen (dies betrifft solche Gruppen wie die Ukrainer, die Vietnamesen und die Armenier). Diese Schwierigkeiten sind sowohl eine Folge formaler Hindernisse als auch bestimmter Widerstände auf Arbeitgeberseite. Letztere resultieren eher aus der – nicht immer unbegründeten – Angst vor technischen und kulturellen Schwierigkeiten oder aus einem größeren Risiko, dass der Arbeitnehmer die Arbeit aufgibt, als aus ethnischen Vorurteilen.

In der großen Mehrheit der Fälle sieht die Situation der ausländischen Kinder in den polnischen Schulen gut aus. Beispielsweise weisen die vietnamesischen und die armenischen Kinder sehr gute Erfolge in der Schule auf, sie haben keine größeren Probleme sich zu integrieren und die Lehrer haben eine gute Meinung von ihnen. Schulische Probleme haben dagegen die tschetschenischen Schüler, was in gewisser Weise darauf zurückzuführen ist, dass dieser Gruppe ein stabiler Aufenthaltsrahmen in Polen völlig fehlt.

Auf der Grundlage der unter Immigranten durchgeführten Untersuchungen lassen sich bestimmte Schwierigkeiten bei der institutionalisierten Integration der Immigranten erkennen. Viele Immigranten sind immer noch illegal oder haben Probleme, eine legale Arbeit zu finden, was ernstzunehmende Integrationsprobleme mit sich bringt. Die Integration in gesellschaftlicher Hinsicht verläuft in der Mehrheit der Fälle günstig.

Die Beschäftigung von Ausländern aus der Arbeitgeberperspektive

Die Untersuchungen unter den Arbeitgebern zeigen, dass das grundlegende Motiv, Ausländer einzustellen, deren Qualifikation ist. Gleichzeitig beschäftigen die Firmen in Polen nicht viele Ausländer, so dass die »ausländischen Arbeitnehmer in der Wirklichkeit nicht mit den Polen konkurrieren, sondern Leerstellen in der Anstellungspolitik füllen, die Firma stabilisieren und damit auch die Arbeitsplätze der Polen«, so ein Untersuchungsergebnis des Instituts für Arbeit und soziale Angelegenheiten (Instytut Pracy i Spraw Socjalnych – IPiSS). Die Soziologin Katarzyna Gmaj nennt aufgrund

durchgeführter Untersuchungen folgende Gründe für eine legale Beschäftigung von Ausländern:

- Ausländer helfen bei der Ausweitung der Aktivitäten des Unternehmens auf die ausländischen Märkte;
- Ausländer verfügen über spezielle Ausbildungen, die es auf dem polnischen Markt nicht gibt;
- Ausländer haben bestimmte Fertigkeiten, zum Beispiel Kenntnis der orientalischen Küche;
- Ausländer füllen eine Lücke, die aufgrund der Emigration polnischer Arbeitnehmer ins Ausland entstanden ist;
- Ausländer führen technologische Standards ein.

Aus den Untersuchungen des OBM geht wiederum hervor, dass das grundlegende Motiv der Arbeitgeber, Ausländer einzustellen, neben den speziellen Qualifikationen die Tatsache ist, dass sich wenige polnische Bürger um die Arbeit bemühen sowie die größere Anpassungsbereitschaft der ausländischen Arbeitnehmer. Im Falle der kleinen Firmen wiesen die Befragten, die die Einstellung von Ausländern planen, auch darauf hin, dass diese eine geringere Entlohnung akzeptieren, was auf eine diskriminierende Neigung hinweisen könnte. Interessant ist allerdings, dass unter den kleinen Firmen, die bereits Ausländer beschäftigen (und dies nicht erst planen), dieser Grund weniger wesentlich war. Ebenfalls weniger wesentlich war dieses Motiv bei den großen Firmen (sowohl was die geplante Beschäftigung als auch was die bereits erfolgte Anstellung von Ausländern betrifft).

Als Behinderung bei der Anstellung von Ausländern begreifen die Arbeitnehmer die Vorschriften, die Vorgehensweise der damit betrauten Beamten und die mit der Anstellung eines Ausländers anfallenden Kosten. Letzteres betrifft diejenigen Ausländer, die keine Einstellung ohne kostenpflichtige Arbeitserlaubnis annehmen dürfen, also nicht Ausländer mit Flüchtlings- oder Schutzstatus. Die Kosten der Arbeitserlaubnis für Ausländer wurden aber in der letzten Zeit erheblich gesenkt. In der Mehrheit der Fälle weisen die Arbeitnehmer nicht auf Konflikte zwischen Polen und Ausländern in.

Der Bedarf an ausländischen Arbeitnehmern seitens der polnischen Arbeitgeber ist sehr niedrig. 78 % der vom OBM untersuchten Firmen stellten fest, dass »die Firma keine Einstellung von Ausländern plant und die auch unwahrscheinlich bleibt« (Kleinstbetriebe 79,19 %, kleine Betriebe 65,5 % Firmen mittlerer Größe 60,12 %, Großbetriebe 54,23 %). Die größte potentielle Nachfrage nach Arbeit, die gleichzeitig die Pläne der Arbeitgeber widerspiegelt, Ausländer einzustellen, lässt sich im Bausektor und in der Industrie beobachten. Zu den Sektoren, die derzeit die meisten Ausländer angestellt

haben, gehören der Bildungssektor, das Gesundheitswesen und der Dienstleistungssektor.

Was die von Ausländern in den polnischen Haushalten ausgeübten Tätigkeiten betrifft, so haben wir es vor allem mit Reinigungsarbeiten und Aufsicht und Pflege nicht selbstständiger Personen zu tun. Die Untersuchungen zeigen, dass in der Mehrheit der Fälle diese Arbeit inoffiziell und gering bezahlt ausgeübt wird. Wissenschaftler des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP) weisen darauf hin, dass bezogen auf die ukrainischen Beschäftigten sowohl die Arbeitgeber, die die Haushaltshilfe einstellen, als auch die Ukrainerinnen sehr häufig nicht an einem legalen Beschäftigungsverhältnis interessiert seien.

Die Integrationspolitik in Polen

In den Analysen des MIPEX (Migrant Integration Policy Index, 2007), der sechs Bereiche der Integrationspolitik beleuchtet – Einwanderung und Familienzusammenführung, Aufenthaltsrecht, Einbürgerung, politische Teilhabe, Arbeitsrecht sowie Anti-Rassismus und Antidiskriminierungsgesetze – hat die polnische Integrationspolitik die besten Bewertungen im Bereich der politischen Freiheiten erhalten. Als günstig wurden ebenfalls die Berechtigungen für den langfristigen Aufenthalt bewertet, als nachteilig aber die Berechtigungen des Zugangs zum Arbeitsmarkt und die Einbürgerung und als sehr nachteilig der Bereich Anti-Rassismus- und Antidiskriminierungsgesetze, das Wahlrecht, Instrumente zum Zugang zur Teilhabe am öffentlichen Leben sowie Instrumente zur Integration auf dem Arbeitsmarkt.

Im Bereich der Integration auf dem Arbeitsmarkt halten die Autoren des Berichts fest, dass »unabhängig davon, wie lange die Immigranten in Polen arbeiten, sie nicht denselben Zugang wie EU-Bürger zu selbständiger Arbeit oder einer Anstellung in der Mehrheit der Sektoren haben«. Darüber hinaus seien die Integrationsinstrumente für den Arbeitsmarkt, die die Migranten dabei unterstützen sollen, Arbeit zu finden, deutlich eingeschränkt, und der Staat »hilft den Migranten nicht bei der Anerkennung ihrer Qualifikationen, zum Beispiel, indem Informationen darüber vermittelt werden, wie die notwendigen Prozeduren dafür ablaufen, oder über Schulungen und Sprachkurse«. Polen erzielte ein sehr gutes Ergebnis im Bereich der Möglichkeiten der Familienzusammenführung. In Bezug auf das öffentliche Leben wurde festgestellt, dass Polen, obgleich es die beste Umsetzung der politischen Freiheiten der Migranten pflegt, »Null-Ergebnisse« in den Kategorien Wahlrecht, beratende Organe und Umsetzungsstrategien aufweist. »Die Migranten können in politische Parteien

eintreten, dürfen aber nicht Kandidaten dieser Parteien werden oder an egal welchen öffentlichen Wahlen teilnehmen. Sie haben das Recht, Vereine zu gründen, aber diese Organisationen haben keinen Zugang zu konkreten staatlichen Fonds und werden nicht vom Staat unterstützt.« Bezogen auf Anti-Diskriminierungsaktivitäten erhielt Polen ein »Null-Ergebnis« im Bereich der Anwendung. Es wurde festgestellt, dass die Sonderagentur für Gleichheit (Specjalizowana Agencja Równości), die eine innere Abteilung des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik ist, den betroffenen Opfern keine unabhängige Rechtsberatung geben kann, die betreffenden Vorgänge nicht untersuchen kann und sich auch nicht im Namen der Opfer mit dem Ablauf der Ereignisse beschäftigen kann. Dennoch wurde die Anti-Diskriminierungsrechtssprechung als »teilweise positiv« bewertet. (Seit 2008 gibt es im Bereich der Maßnahmen gegen Diskriminierung einen Regierungsbeauftragten für Gleichbehandlung. Eines der Konzepte sieht vor, die Funktion des Anti-Diskriminierungsamtes dem Aufgabenbereich des Bürgerrechtsbeauftragten zu übertragen, was sinnvoll zu sein scheint.)

Unabhängig von den MIPEX-Analysen bleibt festzustellen, dass sich komplexe Integrationsaktivitäten in Polen eigentlich ausschließlich an Ausländer richten, die den Flüchtlingsstatus oder einen Schutzstatus erhalten. Für diese Gruppen gibt es jährliche individuelle Integrationsprogramme, die unter anderem zum Ziel haben, bei der Arbeitssuche zu helfen. Die Wirksamkeit dieser Programme stößt allerdings wie bereits dargestellt auf Kritik von Theoretikern und Praktikern.

Wissen es die Politiker besser?

Schließlich soll die Politisierung des Problems der Diskriminierung angesprochen werden. Als Beispiel soll die »Entschließung des Europäischen Parlaments zur Zunahme rassistischer Gewalt und von Gewalt gegen Homosexuelle in Europa« dienen, die vom Europäischen Parlament am 15. Juni 2006 verabschiedet worden ist. Darin werden Vorkommnisse in Europa genannt, die das Europäische Parlament verurteilt, wie »den vorsätzlichen Mord an einer schwarzen Frau malischer Staatsangehörigkeit und des belgischen Kindes, dessen Kinderermädchen sie war, der am 12. Mai 2006 in Antwerpen von einem jungen belgischen Rechtsextremisten begangen wurde [...], die Ermordung eines 16-jährigen Jungen im Januar 2006 und eines 17-jährigen Jungen im April 2006 in Brüssel [...], die Entführung, Folterung und Ermordung von Ilan Halimi im Februar 2006 in Frankreich«. Weiterhin verurteilt das Parlament »den Angriff auf Michael Schudrich, den Ober-

rabbiner von Polen, in Warschau sowie die Erklärungen eines Führungsmitglieds der Liga der Polnischen Familien« – diese polnische politische Partei (Liga Polskich Rodzin – LPR) gehörte dem Europäischen Parlament an – »die im Vorfeld des Marsches für Toleranz und Gleichheit zu Gewalt gegen Schwule, Lesbierinnen, Bisexuelle und Transsexuelle aufgerufen hat«. In der Resolution ist außerdem festgehalten: Das Europäische Parlament »ist ernsthaft besorgt über den allgemeinen Anstieg rassistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Intoleranz sowie von Intoleranz gegenüber Homosexuellen in Polen [...], ersucht die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, eine Untersuchung des entstehenden Klimas der rassistischen und fremdenfeindlichen Intoleranz und der Intoleranz gegenüber Homosexuellen in Polen durchzuführen« und »bedauert, dass in verschiedenen Mitgliedstaaten eine zunehmende Unterstützung für extremistische Parteien und Gruppen mit eindeutig fremdenfeindlichen, rassistischen, antisemitischen und gegen Homosexuelle gerichteten Zielsetzungen zu verzeichnen ist, von denen einige vor kurzem in Polen an die Regierung gekommen sind«.

Ausgehend von Vorfällen des Hooliganismus stellt das Europäische Parlament einen »allgemeinen Anstieg rassistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Intoleranz« fest, heißt es in der Resolution, und fordert »eine Untersuchung des entstehenden Klimas der rassistischen und fremdenfeindlichen Intoleranz«. Dabei wurde die Tatsache übergangen, dass es Untersuchungen zu den betreffenden Themen gibt, die nicht unbedingt die vom Europäischen Parlament bestätigten Thesen vertreten.

Akte von Diskriminierung treten in jeder Gesellschaft auf und man muss sich bemühen, sie auszuschalten, unabhängig vom Ausmaß, das sie annehmen. Dabei darf jedoch das Ausmaß nicht falsch interpretiert werden. In Anbetracht der immer noch geringen Immigration nach Polen ist es nicht gerechtfertigt, das betreffende Problem Polens mit anderen europäischen Ländern zu vergleichen. Dabei muss auch darauf hingewiesen werden, dass das Fehlen von allgemein verbreiteter ethnischer Diskriminierung in Polen und das Niveau der Akzeptanz der Ausländer keine speziell polnische Eigenschaft ist, sondern vielmehr eine natürliche Folge der niedrigen Immigrationsrate in Polen und dem damit verbundenen natürlichen Fehlen von Konfliktherden zwischen Polen und Ausländern – was man beispielsweise über Länder wie Deutschland und Frankreich nicht sagen kann, wo die Immigrationsrate wesentlich höher ist. Gleichzeitig ist die Feststellung eines »allge-

meinen Anstiegs von Intoleranz« in Folge eines vereinzelten Hooligan-Vorfalles oder der subjektiven Einschätzung einer Partei als »eindeutig fremdenfeindlich, rassistisch, antisemitisch und homophob« ein Missbrauch. Solche Generalisierungen finden anschließend Anwendung in öffentlichen Diskursen, auch in Polen, und bergen dadurch eine viel größere Ansteckungsgefahr als die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen.

Ergebnisse und Empfehlungen

Die durchgeführte Analyse gestattet, folgende Ergebnisse zu formulieren:

- Die Polen geben eine eher offene Haltung gegenüber Ausländern an; in der Perspektive der letzten Jahre lässt sich eine Verbesserung der Beziehungen wahrnehmen;
- aus den unter Ausländern durchgeführten Untersuchungen geht hervor, dass die Beziehungen zur polnischen Gesellschaft von ihnen meistens positiv beurteilt werden, was sich aber nicht über die Möglichkeiten der institutionalisierten Integration sagen lässt (bis zu dem Zeitpunkt, wenn die ständige Aufenthaltsgenehmigung erteilt worden ist);
- Akte von Diskriminierung betreffen Ausländer in Polen nicht häufig, aber es gibt sie; sie betreffen vor allem Immigranten, die aus afrikanischen und asiatischen Ländern kommen sowie aus den ehemaligen Sowjetrepubliken; diese Akte sind meistens nicht physischer Natur, sondern beruhen zum Beispiel auf verbaler Stigmatisierung und einer weniger unvoreingenommenen Behandlung; von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt sind ausländische Arbeitnehmer betroffen, die illegal in Polen arbeiten;
- ein gewisses Problem stellt die Aggression der »Pseudofans« gegenüber ethnischen Gruppen dar, der sogenannte Stadionrassismus (s. auch Polen-Analysen Nr. 42/2008);
- ein gewisses Problem stellen die Schwierigkeiten der Integration von Ausländer dar, die in Polen Schutz suchen sowie auch derjenigen Ausländer, die unter diesem Schutz stehen; häufig kommen sie aus dem Nordkaukasus (Tschetschenien);
- die unter polnischen Arbeitgebern durchgeführten Untersuchungen ergeben, dass der erklärte Bedarf an ausländischen Arbeitskräften gering ist, insbesondere seitens der kleinsten Firmen, die am stärksten auf dem Arbeitsmarkt vertreten sind; andererseits muss auf die Anzahl der ausgegebenen Arbeitserlaubnisse für Ausländer hingewiesen werden: Im Jahr 2008 waren dies ca. 18.000, 2009 schon ca. 30.000.

Angeraten ist es, folgende Maßnahmen in den angesprochenen Bereichen umzusetzen:

- die Verbesserung der individuellen Integrationsprogramme für Ausländer, die in Polen einen Schutzstatus erhalten, sowie die Erwägung, andere Ausländergruppen in größere Integrationsaktivitäten einzubeziehen;
- die elastischere Anwendung der Grundsätze zur Legalisierung des Aufenthalts und der Arbeitstätigkeit von Ausländern, die seit vielen Jahren in Polen illegal leben oder arbeiten;
- die Durchführung von Untersuchungen, die den Arbeitsmarkt unter dem Aspekt der Beschäftigung von Ausländern analysieren;

- die Durchführung von Informationsinitiativen, die sich an Arbeitgeber wenden und die Möglichkeiten betreffen, Ausländer einzustellen;
- die vorsichtigere Verwendung solcher Begriffe wie Diskriminierung, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit oder Intoleranz sowie deren Fundierung auf Fakten und nicht auf falschen Vermutungen, dies gilt sowohl für die Politik als auch für die Wissenschaft.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

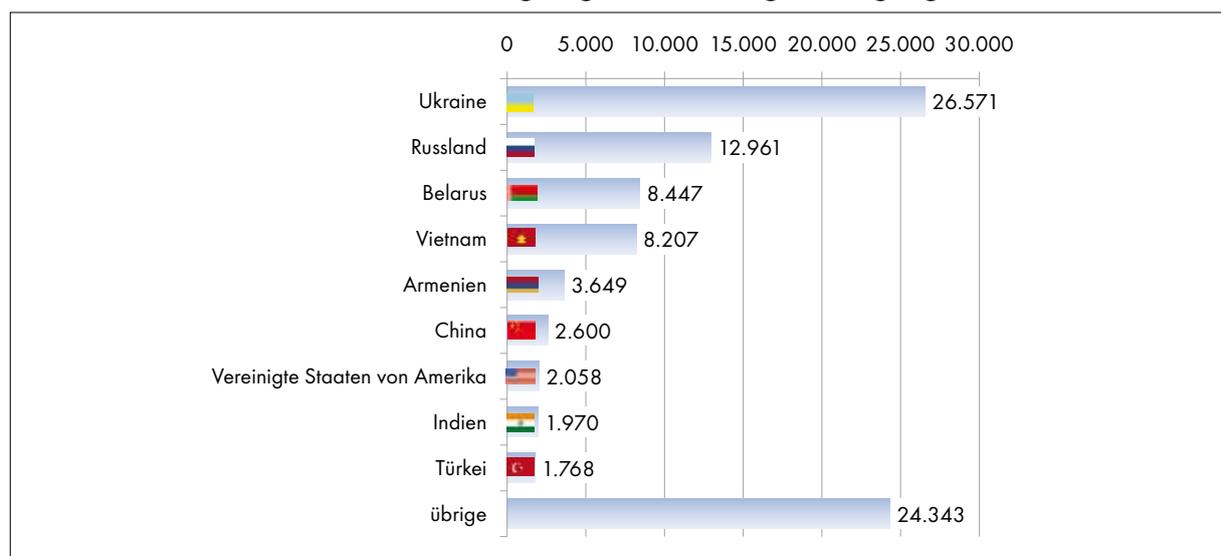
Über den Autor

Dr. Łukasz Łotocki ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialpolitik der Universität Warschau. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Migration auf nationaler und internationaler Ebene und ethnische Beziehungen. Zuletzt erschien sein Buch über die Gruppe der armenischen Immigranten in Polen *Między swojskością a obcością? Imigranci z Armenii w Polsce* [Zwischen Vertrautheit und Fremdheit? Immigranten aus Armenien in Polen], Warszawa 2008.

Tabellen und Grafiken

Statistiken zu Ausländern in Polen

Anzahl der Ausländer in Polen, die eine gültige Aufenthaltsgenehmigung besitzen (31.12. 2009)



Anm.: Insgesamt hatten am 31.12.2009 92.574 Ausländer in Polen eine gültige Aufenthaltsgenehmigung.

Quelle: Urząd ds. Cudzoziemców [Amt für Ausländerangelegenheiten], Zusammenstellung des Autors Łukasz Łotocki



Arbeitserlaubnis für Ausländer (Auswahl*), 2008

	erteilte Arbeits- erlaubnisse insgesamt	Industrie	Bauwesen	Groß- und Einzel- handel	Hotels und Res- taurants	Dienstleistungen im Finanz- und Immobilien- bereich	Bildungs- wesen	Gesundheits- wesen, Pflege- dienste
Ukraine	5.400	1.204	644	803	141	533	142	119
China	2.040	651	186	720	192	207	5	13
Belarus	1.325	157	59	251	11	100	18	8
Moldawien	1.218	548	218	19	4	313	1	0
Vietnam	1.200	0	0	873	281	18	0	0
Türkei	941	151	126	244	341	25	11	0
Indien	733	257	21	208	45	164	2	3
Republik Korea	596	369	12	59	53	43	0	0
Japan	512	350	26	56	3	29	5	0
Armenien	441	26	50	277	22	14	0	7
Russland	420	76	7	123	13	68	12	11
Vereinigte Staaten von Amerika	365	80	5	13	4	122	75	2
alle Länder insgesamt**	18.022	4.468	1.595	3.915	1.437	2.199	356	277

*ausgewählt wurden die am stärksten vertretenen Länder

**inklusive hier nicht aufgeführte Länder

Daten des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik: Ministerstwo Pracy i Polityki Społecznej: Zezwolenia na pracę dla cudzoziemców według obywatelstwa oraz wybranych sekcji (PKD) 2008 [Arbeitserlaubnisse für Ausländer nach Staatsbürgerschaft und ausgewählten Branchen 2008]. www.mpips.gov.pl (abgerufen am 27.05. 2010).

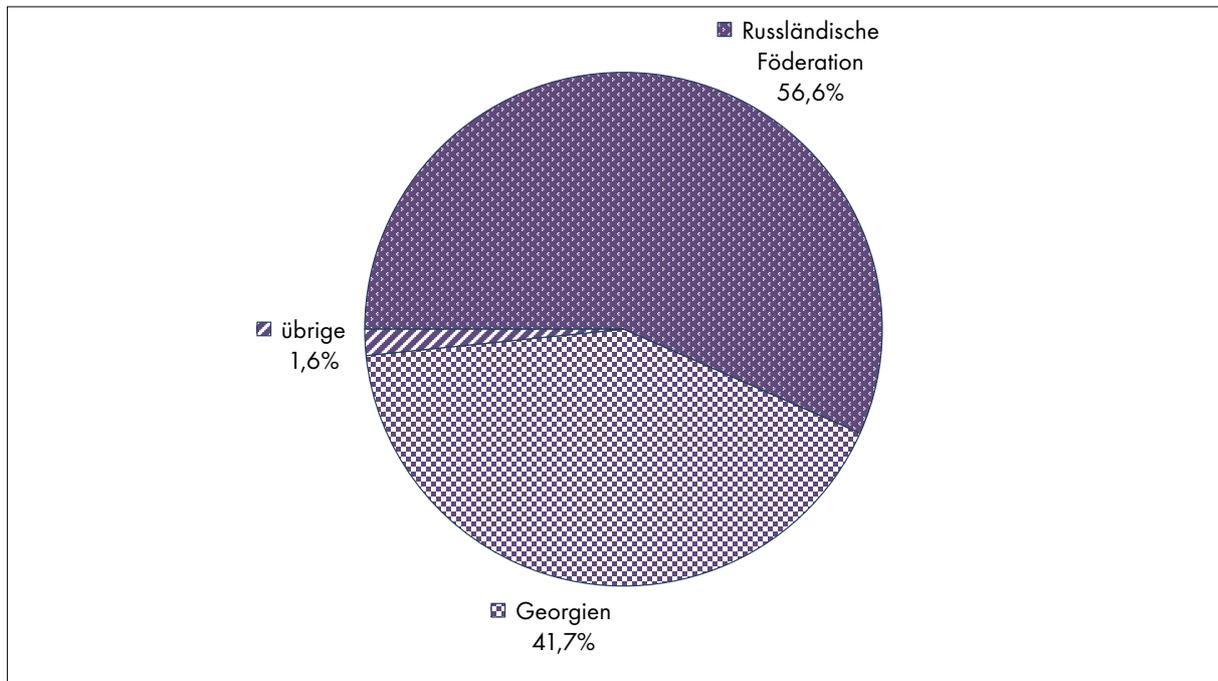
Arbeitserlaubnis für Ausländer (Auswahl*), 1. Halbjahr 2009

	erteilte Arbeits- erlaubnisse insgesamt	Industrie	Bauwesen	Groß- und Einzel- handel	Hotels und Res- taurants	Dienstleistungen im Finanz- und Immobilien- bereich	Bildungs- wesen	Gesundheits- wesen, Pflege- dienste
Ukraine	4.732	973	550	656	123	495	34	110
China	2.024	410	310	825	185	207	2	9
Belarus	953	83	77	181	21	103	13	10
Moldawien	384	117	51	7	0	85	0	0
Vietnam	1.336	4	29	908	335	27	0	0
Türkei	742	78	149	184	277	30	5	0
Indien	661	49	47	168	93	265	3	4
Republik Korea	349	221	3	39	34	16	0	0
Japan	344	203	25	47	2	31	5	0
Armenien	387	17	30	246	22	11	0	2
Nepal	276	55	6	15	45	146	0	2
Russland	269	45	9	78	6	53	4	3
alle Länder insgesamt**	14.891	2.758	1.546	3.595	1.409	1.972	177	212

*ausgewählt wurden die am stärksten vertretenen Länder **inklusive hier nicht aufgeführte Länder

Daten des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik: Ministerstwo Pracy i Polityki Społecznej: Zezwolenia na pracę dla cudzoziemców według obywatelstwa oraz wybranych sekcji (PKD). I półrocze 2009 [Arbeitserlaubnisse für Ausländer nach Staatsbürgerschaft und ausgewählten Branchen. 1. Halbjahr 2009]. www.mpips.gov.pl (abgerufen am 27.05. 2010).

Anträge auf Anerkennung des Flüchtlingsstatus 2009*



	Summe	%
insgesamt	10.590	100
darunter am stärksten vertretene Nationen:		
Russländische Föderation	5.726	54,1
Georgien	4.217	39,8
Armenien	147	1,4
Vietnam	67	0,6
Belarus	37	0,3
Ukraine	36	0,3
Nigeria	23	0,2
Irak	21	0,2
Pakistan	19	0,2
Usbekistan	19	0,2
Staatenlose	19	0,2

*Es handelt sich bei den Angaben um die Nationen, die zahlenmäßig am stärksten vertreten sind.

Quelle: Urząd do Spraw Cudzoziemców [Amt für Ausländerangelegenheiten]: Dane liczbowe dotyczące postępowań prowadzonych wobec cudzoziemców w 2009 r. [Daten zu Verfahren gegenüber Ausländern im Jahr 2009], www.udsc.gov.pl (abgerufen am 29.01.2010).

Entscheidungen in Verfahren zur Anerkennung des Flüchtlingsstatus 2009*

	Flüchtlingsstatus gemäß Genfer Konvention	subsiditärer Schutz	tolerierter Aufenthaltsstatus	negative Entscheidung	Einstellung des Verfahrens / kein Verfahren
Afghanistan	-	3	-	4	4
Ägypten	-	-	-	6	3
Albanien	-	-	-	1	-
Algerien	-	-	-	12	10
Angola	-	-	-	1	1
Armenien	-	-	6	58	71
Aserbaidschan	-	-	-	5	13
Äthiopien	-	-	-	2	-
Bangladesch	-	-	-	14	4
Belarus	20	-	1	25	25
Burundi	-	-	-	1	2
China	-	-	-	10	8
Demokratische Republik Kongo	-	-	-	1	-
Gambia	-	-	-	1	-
Georgien	-	-	-	1.482	2.577
Ghana	-	-	-	4	2
Guinea	-	-	-	2	2
Indien	-	-	1	17	11
Irak	1	23	-	5	22
Iran	4	-	-	1	2
Jordanien	-	-	-	1	-
Kamerun	-	-	-	7	7
Kasachstan	-	-	-	4	9
Kenia	-	-	-	-	2
Kirgisistan	-	-	-	3	7
Komoren	-	-	-	-	1
Kongo	-	-	-	2	3
Kroatien	-	-	-	-	1
Kuba	-	-	-	3	1
Lettland	-	-	-	2	-
Libanon	-	-	-	2	4
Libyen	-	-	-	3	-
Mali	-	-	-	-	1
Marokko	-	-	-	2	1
Mauretanien	-	-	-	1	-
FYR Mazedonien	-	-	-	-	1

(Fortsetzung auf nächster Seite)

Entscheidungen in Verfahren zur Anerkennung des Flüchtlingsstatus 2009* (Fortsetzung)

	Flüchtlingsstatus gemäß Genfer Konvention	subsidiärer Schutz	tolerierter Aufenthaltsstatus	negative Entscheidung	Einstellung des Verfahrens / kein Verfahren
Moldawien	-	-	-	8	1
Mongolei	-	-	1	19	7
Nepal	-	2	-	-	3
Nigeria	-	-	-	13	10
Pakistan	1	-	1	17	8
Philippinen	-	-	1	-	-
Ruanda	-	-	-	1	-
Russländische Föderation	102	2.261	46	2.144	5.928
Sambia	-	-	-	1	-
Senegal	-	1	-	-	-
Serbien	-	-	-	-	1
Sierra Leone	-	-	-	2	2
Somalia	2	6	-	-	2
Sri Lanka	-	16	-	-	22
Sudan	-	1	-	-	-
Syrien	-	-	-	12	6
Tadschikistan	-	-	-	2	-
Togo	-	-	-	8	2
Tunesien	-	-	-	2	5
Türkei	-	-	-	19	7
Uganda	-	-	-	1	-
Ukraine	-	-	4	29	14
Usbekistan	-	-	-	9	23
Venezuela	-	-	-	1	-
Vietnam	1	-	3	65	8
Westbank und Gazastreifen	-	3	-	3	3
Staatenlos	-	1	1	10	14

*ausgegeben vom Leiter der Amtes für Ausländerangelegenheiten [Urząd do Spraw Cudzoziemców] in der Zeit vom 1.01.–31.12.2009

Quelle: Urząd do Spraw Cudzoziemców [Amt für Ausländerangelegenheiten]: Dane liczbowe dotyczące postępowań prowadzonych wobec cudzoziemców w 2009 r. [Daten zu Verfahren gegenüber Ausländern im Jahr 2009], www.udsc.gov.pl (abgerufen am 29.01.2010).

Ausländer, die einer Straftat verdächtigt werden, 2000–2009 (Auswahl*)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Ukraine	1.895	2.818	3.282	2.566	1.404	914	658	588	398	459
Russland	312	410	295	256	191	184	166	172	169	180
Deutschland	276	462	412	398	303	298	213	193	168	164
Belarus	1.140	1.483	1.082	942	656	419	361	354	206	142
Litauen	154	282	242	226	194	182	139	173	176	139
Rumänien	120	131	104	45	55	76	61	55	170	134
Bulgarien	177	186	142	92	74	79	49	57	119	103
Armenien	370	494	515	344	324	287	209	121	118	86
alle Länder insgesamt	5.106	7.061	6.815	5.591	3.870	3.146	2.478	2.293	2.141	2.034

*ausgewählt wurden die im Jahr 2009 am stärksten vertretenen Nationen

Daten entnommen aus: Komenda Główna Policji [Hauptkommandantur der Polizei]: Cudzoziemcy podejrzani o popełnienie przestępstw oraz/pokrzywdzeni na terenie Polski [Ausländer, die in Polen einer Straftat verdächtigt werden sowie einer Straftat zum Opfer gefallen sind]. www.policja.pl (abgerufen am 27.05. 2010).

Chronik

Vom 18. bis zum 31. Mai 2010

18.05.2010	Auf einer Pressekonferenz in Brüssel bekräftigt Finanzminister Jacek Rostowski, dass die finanzielle Unterstützung für die Opfer des Hochwassers in Polen aus dem Staatshaushalt sicher sei, ohne dass sich dadurch das Haushaltsdefizit vergrößere. Es sei ein Posten für eventuelle Katastrophen eingeplant worden.
19.05.2010	Nach der Sitzung des Krisenstabs der Regierung zur Hochwassersituation in Polen kündigt Ministerpräsident Donald Tusk an, dass Polen einen Antrag auf finanzielle Hilfe aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union stellen werde.
20.05.2010	Der Rat für Nationale Sicherheit (Rada Bezpieczeństwa Narodowego – RBN) berät auf seiner ersten Sitzung in neuer Zusammensetzung über das Hochwasser in Polen. Die Mitglieder des Rates einigen sich auf die Erarbeitung zweier Sondergesetze; zum einen soll der Ankauf von Boden erleichtert werden, wenn darauf Bauvorhaben gegen Hochwasser, z. B. Deiche, durchgeführt werden, zum anderen sollen Bauprojekte in hochwassergefährdeten Gebieten eingeschränkt werden. Dem RBN, der beim Staatspräsidenten angesiedelt ist, gehören der Ministerpräsident und sein Stellvertreter, der Sejmarschall, der Senatsmarschall, die Leiter des Außen-, des Verteidigungs- und des Innenministeriums sowie die Vorsitzenden der Oppositionsparteien Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) an.
20.05.2010	Angesichts des Hochwassers in Polen warnt der Vorsitzende der Landesföderation der Getreideproduzenten (Krajowa Federacja Producentów Zbóż), Rafał Mładanowicz, vor einer drastischen Preiserhöhung bei Lebensmitteln und weist auf die Notwendigkeit hin, Getreide aus der EU einzuführen.
21.05.2010	Ministerpräsident Donald Tusk bewertet im Sejm die aktuelle Situation des Hochwassers in Polen als vielerorts schlimmste Überschwemmung der letzten Jahre und sagt den Opfern staatliche Unterstützung zu, unabhängig davon, ob sie selbst versichert seien oder nicht. Da die Schäden auf ca. 10 Mrd. Zloty geschätzt werden, könne Polen Hilfe aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union beantragen. Aus den Hochwassergebieten seien bereits 23.000 Personen evakuiert worden. Aus Deutschland sind u. a. mehrere Einsatzmodule des Technischen Hilfswerks (THW) und Feuerwehreinheiten aus verschiedenen Bundesländern in Polen im Einsatz.

24.05.2010	In Zoppot (Sopot) findet eine informelle Sitzung zum EU-Programm der Östlichen Partnerschaft statt. Neben den Außenministern der EU-Mitgliedsländer bzw. deren Vertretern sind der EU-Kommissar für Erweiterung und europäische Nachbarschaftspolitik sowie die Außenminister der betreffenden Länder, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und der Ukraine, anwesend.
25.05.2010	Auf einer Pressekonferenz kündigt Ministerpräsident Donald Tusk an, dass Innenminister Jerzy Miller spätestens kommende Woche in Moskau Material aus der Untersuchung der Ursachen des Flugzeugabsturzes von Smolensk im April erhalten werde. Vorher war Kritik aus den Reihen der Opposition laut geworden, dass die Regierung die russische Seite nicht zu einer schnellen Aufklärung dränge. Bei der Flugzeugkatastrophe waren führende Vertreter des politischen und öffentlichen Lebens Polens tödlich verunglückt.
26.05.2010	Während der feierlichen Begrüßung der US-amerikanischen Soldaten, die im Rahmen des US-amerikanischen Raketenabwehrprojektes in Mohrungen (Morąg)/Nordpolen zusammen mit einer Batterie Patriot-Raketen stationiert werden, unterstreicht Verteidigungsminister Bogdan Klich, dass das Vorhaben keine Bedrohung für Polens Nachbarn darstelle, da die Raketen nicht für Angriffe einsetzbar seien. Russland hatte die Stationierung als kontraproduktiv für die russisch-polnischen Beziehungen kritisiert.
27.05.2010	Der ehemalige Ministerpräsident Marek Belka wird vom amtierenden Staatspräsidenten Bronisław Komorowski für das Amt des Präsidenten der Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP) nominiert. Der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak kritisiert Komorowski wegen Kompetenzüberschreitung; gemäß der Verfassung müsse der neu gewählte Staatspräsident den Kandidaten bestimmen.
29.05.2010	Der Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, ruft bei einer Wahlveranstaltung in Zakopane dazu auf, den polnisch-polnischen Krieg endgültig beizulegen. Notwendig seien gegenseitiger Respekt im öffentlichen Leben und politische Kompromissbereitschaft, so der Parteivorsitzende von PiS.
31.05.2010	Innenminister Jerzy Miller unterstreicht in Moskau, dass Polen die russische Seite über die Veröffentlichung von Untersuchungsmaterial zum Flugzeugunglück von Smolensk informieren werde, aber sie nicht um Erlaubnis ersuchen müsse und stellt eine schnelle Entscheidung über die Art und Weise der Veröffentlichung von Informationen des Flugschreibers in Aussicht. Bei der Flugzeugkatastrophe waren führende Vertreter des politischen und öffentlichen Lebens Polens tödlich verunglückt.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusminister der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 55.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2010 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen